

Thüringer Allgemeine



UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT, KULTUR UND SPORT

Sonnabend, 16. Oktober 2010 • F 03781

ERFURTER ALLGEMEINE

Preis 1,10 € • 41. Woche • Nr. 243

LEITARTIKEL

Faustpfand Teherans



Ingo Linsel zu den beiden verhafteten Deutschen im Iran

Die im Iran festgenommenen deutschen Reporter sind zum Spielball der Politik Teherans geworden. Fortan geht es überhaupt nicht mehr um die Verfehlung, ohne Arbeitserlaubnis eingereist zu sein. Vielmehr ist zu erwarten, dass die iranische Führung einen politischen Preis stellt für die Freilassung.

Natürlich sind die beiden Deutschen ein enorm hohes Risiko eingegangen. Doch ist es zynisch, dass der Iran, so als wäre er ein Rechtsstaat, auf die Einhaltung von Einreiseregeln pocht.

Auf offiziellem Wege hätte es keine Erlaubnis gegeben, mit Angehörigen der zum Tod durch Steinigung verurteilten Sakineh Mohammadi Aschtiani zu reden. Weltweit empört diese Todesdrohung wegen angeblichen Ehebruchs. Sollte darüber geschwiegen werden, weil das Deutschland das so wünscht und jede Berichterstattung verhindert?

Es läuft darauf hinaus, die Deutschen als Faustpfand zu behalten, weil Deutschland neben den UN-Vetomächten im Sicherheitsrat zur 5+1-Gruppe gehört, mit der wahrscheinlich im November die Verhandlungen über das iranische Atomprogramm fortgesetzt werden sollen.

Zwar weiß auch Teheran, dass eine direkte Erpressung nicht möglich ist. Da zuweilen aber auch um Kommastellen gestritten wird, sieht man es von Vorteil, zusätzlichen Druck aufbauen zu können.

Appelle an die Menschlichkeit werden kaum etwas bewirken. Nicht von ungefähr schenkte der Hisbollah-Führer dem iranischen Präsidenten Ahmadinedschad gestern bei seinem provozierenden Besuch in Libanon direkt an Israels Grenze ein erobertes israelisches Gewehr. Solange dieses Regime herrscht, verharrt Teheran im Inneren gegenüber seiner Opposition und gegenüber der internationalen Gemeinschaft auf Konfrontation.



Luther, der Krieg und Afghanistan

Die Petersberger Luther-Dispute, eine Gesprächsreihe, zu der unsere Zeitung einlädt, beginnen. Am Dienstag streiten auf dem Erfurter Petersberg der Historiker Michael Wolffsohn und der Theologe Edelbert Richter. SEITE 7

Fotos: TA/A. Volkmann, ddp / Montage: A. Wetzel

Direkte Demokratie im Aufwind

Bürger mischen sich immer öfter in die Politik ein / Große Unterschiede in den Gesetzen der Bundesländer

Immer mehr politische Entscheidungen werden in Deutschland durch den direkten Bürgerwillen beeinflusst. Reformbedarf sehen die Initiatoren entsprechender Initiativen vor allem auf kommunaler Ebene.

Von Steffi Dobmeier

ERFURT/BERLIN. „Die Bürger wollen direkt Einfluss auf die Gestaltung der Demokratie nehmen“, sagt Ralf Uwe Beck, der Vorstandssprecher des Vereins Mehr Demokratie. „Sie sind bereit, sich für ihre Bürgerrechte einzusetzen.“

Thüringen hat nach einer Erhebung des Vereins in den letzten Jahren dabei einen enormen Sprung gemacht. Bei einem Vergleich der Bürgerfreundlichkeit der gesetzlichen Regelungen landete der Freistaat auf Platz vier – 2007 war Thüringen noch das Schlusslicht. „Das liegt vor allem an der Reform der Bürgerbeteiligung auf Gemeinde-Ebene“, sagt Beck, der auch Sprecher des Bündnisses für Mehr Demokratie in Thüringen ist.

Es fehle aber noch an Ratsbegehren nach bayerischem Vorbild, mit deren Hilfe sich Städte oder Gemeinden ihre umstrittenen Vorhaben direkt von der Bürgerschaft legitimieren lassen.

In den letzten fünf Jahren wurden nach Angaben des Göttinger Instituts für Demokratiefor-

schung deutschlandweit 1841 Bürgerbegehren auf kommunaler Ebene und sechs Volksent-

scheide auf Landesebene eingeleitet. Das entspricht einem Drittel der Gesamtmenge seit 1990. Allerdings: Nicht alle Länder machen es den Bürgern leicht, sich politisch zu beteiligen. Die gesetzlichen Regelungen sind weiter recht unterschiedlich.

Ob die Beteiligung der Bürger an der politischen Meinungsbildung tatsächlich zu einem Umdenken der Politiker führt – so wie es aktuell die Gegner des Bahnprojektes „Stuttgart 21“ hoffen – bleibt abzuwarten. Experten des Instituts für Demokratieforschung gehen jedenfalls nicht davon aus. „Die direkte Demokratie scheint nur sehr bedingt dazu im Stande zu sein, die angeschnittenen Probleme zu beheben“, sagt Christoph Hoefl unserer Zeitung. Das zeige die weiterhin steigende Politikverdrossenheit.

Als am ausgeprägtesten gilt die direkte Bürgerbeteiligung in der Schweiz. Hier gibt es auf allen Ebenen direkte Mitwirkungsrechte; so auch beim Bau des Gotthardtunnels, dessen Durchbruch gestern gefeiert wurde.

Als am ausgeprägtesten gilt die direkte Bürgerbeteiligung in der Schweiz. Hier gibt es auf allen Ebenen direkte Mitwirkungsrechte; so auch beim Bau des Gotthardtunnels, dessen Durchbruch gestern gefeiert wurde.

Thüringer Bürger beteiligen sich

In Thüringen gab es Unterschriften-sammlungen für fünf Volksbegehren. Zwei davon – in den Jahren 2000 und 2008 – waren erfolgreich und sind in Gesetze des Freistaats eingeflossen. Auf kommunaler Ebene wurden um die 90 Bürgerbegehren und 25 Bürgerentscheide durchgeführt.

Weniger erfolgreich waren Bürgerbegehren in Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen. In den anderen Bundesländern sind Bürgerentscheide auf kommunaler Ebene durchgeführt.

In Thüringen gab es Unterschriften-sammlungen für fünf Volksbegehren. Zwei davon – in den Jahren 2000 und 2008 – waren erfolgreich und sind in Gesetze des Freistaats eingeflossen. Auf kommunaler Ebene wurden um die 90 Bürgerbegehren und 25 Bürgerentscheide durchgeführt.

SEITE 2

Freilassung der Deutschen im Iran gefordert

Angeblich gestanden haben nach Behördenangaben die beiden im Iran verhafteten Deutschen, ohne Arbeitserlaubnis in das Land eingereist zu sein.

TEHERAN/ERFURT. Außenminister Guido Westerwelle hat sich bei einem Treffen mit seinem iranischen Kollegen Manutschehr Mottaki für die Freilassung der beiden Journalisten eingesetzt. Er habe den Eindruck, dass sich der Minister der Angelegenheit selbst annehmen werde, sagte Westerwelle.

Die Reporter waren bei einem Gespräch mit dem Sohn von Sakineh Mohammadi Aschtiani festgenommen worden, weil sie nur über ein Touristenvisum verfügten und sich nicht als Journalisten ausweisen konnten. Aschtiani ist wegen Ehebruchs zum Tod durch Steinigung verurteilt. Mina Ahadi (54), Gründerin des Komitees gegen Steinigungen, fürchtet, Deutschland soll mit der Haft der beiden Männer erpresst werden.

LEITARTIKEL und SEITE 5

Winterreifenpflicht frühestens im November

Wegen ausstehender Formalien setzte der Bundesrat die Änderung in der Straßenverkehrsordnung aus

BERLIN. Die geplante Einführung der Winterreifenpflicht für Autos verzögert sich voraussichtlich bis in den November. Die nötige Änderung der Straßenverkehrsordnung (StVO) war am Freitag wegen noch zu klärender formaler Fragen kein Thema im Bundesrat, hieß es in Re-

gierungskreisen. Nächstmöglicher Termin zum Beschluss der Winterreifenpflicht ist damit die kommende Sitzung des Bundesrates am 5. November.

Die Verkehrsminister von Bund und Ländern hatten sich kürzlich auf die Einführung der Pflicht verständigt. Ein Gericht hatte die bisherige Regelung in

der Straßenverkehrsordnung für zu vage und damit für verfassungswidrig befunden. Bußgelder für Autofahrten im Winter mit Sommerreifen drohten juristisch angreifbar zu werden. Dies wollten die Verkehrsminister verhindern.

Bisher fordert die StVO von Autofahrern nur eine „geeignete Bereifung“ und eine an die Wetterverhältnisse angepasste Ausrüstung. Künftig soll konkret geregelt werden, welche Reifen bei welchen Straßenverhältnissen aufgezogen werden müssen. Auch soll in der StVO erstmals das Wort Winterreifen auftauchen und klar geregelt werden, ob damit auch sogean-

annte Matsch- und Schneereifen oder Ganzjahresreifen eingestuft werden. Schon beim Presseauftreten von Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) vor wenigen Tagen im Schloss Ettersburg bei Weimar zweifelte einige seiner Begleiter an einer schnellen Umsetzung der Neuregelung.

ZITAT

„Durch unsere Anwesenheit halten wir die Leute davon ab, Blödsinn zu wählen.“

Hubert Aiwanger, Freie Wähler Bayern

TA-ONLINE
www.thueringer-allgemeine.de

WETTER

Heute	Sonntag	Montag
9° 6°	7° 2°	8° 0°

BLICK

WAHL. Im Kosovo wird im Februar ein neues Parlament gewählt.

KANDIDAT. Sergej Sobjanin, der Kabinettschef des russischen Premier Putin, wurde von Präsident Medwedew zum neuen Moskauer Bürgermeister ernannt.

TODESSTRAFE. Im US-Bundesstaat Oklahoma ist der 1996 wegen Mordes zum Tode verurteilte Donald Wackerly hingerichtet worden.

PROZESS. Im Prozess gegen den niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders hat die Anklage auf Freispruch plädiert.

VERTRAG. Russland und Venezuela haben einen Vertrag über den Bau des ersten KKW geschlossen.

UNTERLAGEN. Computer-Hacker sollen in Südkorea geheime Dokumente über die Verteidigungs- und Außenpolitik gestohlen haben.

WIRTSCHAFT



Durchstich am Gotthard

GENÈ. Nach rund 15-jähriger Bauzeit und Kosten von 19 Milliarden Franken (rund 14,2 Milliarden Euro) ist am Gotthard-Basistunnel in der Schweiz der Durchstich erfolgt. Mit 57 Kilometern ist der Eisenbahntunnel der längste Tunnel der Welt.

In sieben Jahren soll er in Betrieb gehen. Täglich werden dann bis zu 300 Züge mit einer Geschwindigkeit von bis zu 250 Stundenkilometern durch die beiden Röhren unter den Schweizer Alpen fahren.

LOKALES



Konditoren auf der Inoga

ERFURT. Die Konditoren-Innung ist auf der am Sonntag beginnenden Gastro-Messe Inoga mit einem eigenen Stand vertreten. Ein Anziehungspunkt dürfte dabei die aus vier Etagen bestehende Hochzeitstorte sein, die ein Team um Innungsoberrmeister Stefan Lobenstein aus Erfurt extra anfertigt. Gesucht wird unter anderem der Patissier des Jahres. Der Begriff kommt aus dem Französischen und meint in einer Küchenbesatzung den Konditor bzw. Feinbäcker.

ZUM SONNTAG



Gemeinsam statt einsam

ERFURT. Mit ihm hat die Generation 50 Plus ein markantes Gesicht: Henning Scherf (72), Bremer Ex-Bürgermeister, genießt sein Leben nach der Politik in vollen Zügen. Im TA-Gespräch erklärt der Bewohner einer Alters-WG, warum Menschen die Solidarität anderer brauchen. Sein Credo: „Um etwas zu bewegen, muss man nicht gleich die Weltrevolution ausrufen.“ Mit seinem Buch „Gemeinsam statt einsam“ ist Scherf am 27. Oktober Gast der Herbstlese.

ANZEIGE

GOLDARMBANDUHREN MIT VERRECHNUNG IHRES GOLDES

Täglicher Ankauf und Barzahlung Ihres Altgoldes, Zahngoldes, Silber oder Platin

Unsere Preise für:
Feingold ab 26,- €/g
750/Zahngold ab 13,- €/g

Verkauf von Feingoldbarren Partner von Heraeus

Verkauf von Gold- und Platinarmbanduhren von J.F. Bauer mit Verrechnung Ihres Goldes.



Nur bei uns!

Fischer Edelmetallhandel
seit 20 Jahren in Erfurt

Erfurt - Paulstraße 3 - Tel. 0361 / 5 66 81 72
www.fischeredelmetalle.de - Mo-Fr 10-18 - Sa 10-13 Uhr

